

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten Martin Delius (PIRATEN)

vom 11. März 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. März 2013) und **Antwort**

#### Wie wird der Senat das gefährdete Projekt „Exit Deutschland“ unterstützen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie beurteilt der Senat die bisher geleistete Arbeit des Projekts „Exit Deutschland“?

Zu 1.: Dem Berliner Senat liegen jenseits der Selbstdarstellung des Trägers auf seiner Webseite keine Berichte zur Arbeit des Projektes „EXIT-Deutschland“ vor. Aus diesem Grund ist eine Bewertung der Arbeit nicht möglich. Die konzeptionelle Ausrichtung des Projekts und seine Ziele werden begrüßt.

2. Ist dem Senat der Umstand bekannt, dass das Projekt „Exit Deutschland“ vor dem finanziellen Aus steht und wie beurteilt der Senat diesen Umstand?

Zu 2.: Dem Berliner Senat ist der Umstand der finanziellen Schwierigkeiten aus den Medien bekannt. Eine Reaktion ist bereits auf Bundesebene erfolgt: das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat Pressemeldungen zufolge die Verantwortung für die Initiative „EXIT-Deutschland“ übernommen und wird die erforderlichen Finanzmittel ab Mai 2013 langfristig sichern.

3. Haben seit 2012 Gespräche und/oder sonstige Kontaktaufnahmen zwischen Vertreter/innen des Senats und Vertreter/innen des Projekts „Exit Deutschland“ stattgefunden, bei denen die Vertreter/innen des Senats über die prekäre Lage des Projekts „Exit Deutschland“ informiert wurden? Wenn ja, zu welchen Zeitpunkten erfolgten die Gespräche und/oder Kontaktaufnahmen?

4. Falls Vertreter/innen des Senats über die prekäre Lage des Projekts „Exit Deutschland“ informiert worden sind, wie reagierte der Senat auf diese Informationen?

Zu 3. und zu 4.: Dem Berliner Senat liegt ein Schreiben des Geschäftsführers der Initiative „EXIT Deutschland“ von März 2013 vor. In dem Schreiben wird erwähnt, dass die Initiative zum

1. Mai 2013 ihre Angebote reduzieren muss. Eine Antwort auf das Schreiben wird derzeit vorbereitet.

5. Wird der Senat finanzielle Mittel zur Rettung des Projekts „Exit Deutschland“ bereitstellen? Falls nein, warum nicht?

Zu 5.: Nein. Aufgrund des länderübergreifenden Charakters der Aussteigerberatung von „Exit Deutschland“ ist eine Finanzierung des Projektes aus Mitteln der Bundesregierung angezeigt.

Berlin, den 23. April 2013

In Vertretung

Barbara Loth  
Senatsverwaltung für Arbeit,  
Integration und Frauen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Apr. 2013)